

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

104 (5.5.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.00, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.)  
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3. 52. Jahrgang

Samstag, den 5. Mai 1951

Nr. 104

## Niedersachsen wählt

Neun Parteien kämpfen um 148 Mandate Hannover (UP). Bei den niedersächsischen Landtagswahlen, die am Sonntag stattfanden, werden die CDU und die Deutsche Partei als Niederdeutsche Union (NU) gemeinsam auftreten. Kandidieren werden außerdem die SPD, FDP, KPD und das Zentrum. Zum ersten Mal bewerben sich auch der BHE, die Deutsche Sozialistische Partei (DSP), die Deutsche Rechtspartei (DRP) und die Sozialistische Reichspartei (SRP) um Mandate. 95 Abgeordnete werden direkt und 53 Abgeordnete über die Landesliste gewählt. Im Landtag von 1947 waren die SPD mit 48, die CDU mit 39, DP mit 27, FDP mit 13, KPD mit 8 und das Zentrum mit 6 Abgeordneten vertreten. Die niedersächsische Landesregierung wird seit August 1950 nur noch durch vier SPD-Minister und einem Minister der Zentrumspartei repräsentiert.

## Gromyko versucht Umwege

Umstrittene Reihenfolge der Tagesordnung Paris (UP). Gromyko erklärte sich auf der Freitagssitzung der Außenminister-Stellvertreter plötzlich bereit, den Vorschlag der Westmächte, als ersten Punkt der Tagesordnung die Entmilitarisierung Deutschlands zu behandeln, bereit, falls die Westmächte die Abrüstung der vier Großmächte vor den Tagesordnungspunkt über den Stand der augenblicklichen Rüstung setzen.

Der Vorschlag wurde sofort von den Delegierten der Westmächte mit der Begründung abgelehnt, daß Gromyko mit seinem Abänderungsvorschlag nichts weiter bezwecke, als den Westen zu veranlassen, den bereits früher abgelehnten sowjetischen Tagesordnungsentwurf doch, noch anzunehmen, der dieselben Forderungen enthalten hätte. Gromyko erklärte daraufhin, jede Konferenz des Außenministerrates sei von der Haltung der Westmächte gegenüber dem Problem der allgemeinen Abrüstung abhängig. Ein Sprecher der Westmächte sagte später, diese Erklärung stelle mehr oder minder ein Ultimatum an die Westmächte dar.

## Bauernstreik in Norwegen

Oslo (UP). Mehr als 74 000 Bauern, die zusammen etwa zwei Drittel des kultivierten Bodens Norwegens inne haben, traten in den Streik. Sie werden bis auf weiteres kein Fleisch und keine Kartoffeln auf den Markt bringen und keinen Sommerweizen auf ihren Feldern aussäen. Der Streik ist eine Protestaktion der Landbevölkerung gegen die Haltung der Regierung hinsichtlich der Forderungen der Landwirtschaft nach einem Ausgleich für die steigenden Löhne und die steigenden Preise der industriellen Erzeugnisse.

## Vor Ablösung des Besatzungsstatuts

### Verhandlungen "in aller Kürze"

Frankfurt (UP). Die deutsch-alliierten Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts durch zweiseitige Verträge sollen — wie von zuverlässiger Seite verlautet — „in aller Kürze“ beginnen. Die Rechtssachverständigen der Hohen Kommission haben bereits entsprechende Verarbeiten geleistet. Nach den bisher vorliegenden Informationen will man vermutlich von alliierter Seite nur bestimmte Sicherungen in das Vertragswerk einbauen, die ein politisches und wirtschaftliches Faktieren der Bundesrepublik mit dem Osten verhindern sollen. Von dem Gang der Verhandlungen wird außerdem die Ablösung der alliierten Hohen Kommission durch einen Botschafterrat bzw. durch erweiterte Botschaften abhängen, womit in alliierten Kreisen spätestens innerhalb Jahresfrist, wahrscheinlich aber noch im Laufe des Jahres 1951 gerechnet wird.

Neue Besprechungen des deutsch-alliierten Sicherheitsausschusses fanden am dem Petersberg statt. Aufgabe des Ausschusses ist es, Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages zu beraten. Der amerikanische Hohe Kommissar Mc Coy hat seine Reise nach Washington verschoben, wo er über den Besatzungsstatust berichten sollte. Der entsprechende Kongreßausschuß hat jedoch seine Sitzungen vertagt.

Hauptversammlung des BDJ Der anti-kommunistische „Bund deutscher Jugend“ wird am Sonntag auf Burg Schwalbach (Untertaunuskreis) seine erste Jahreshauptversammlung abhalten. Auf Grund der in allen Schichten der Bevölkerung des Bundesgebietes verteilten Fragebogen und ihrer Auswertung soll die Versammlung das Programm des BDJ endgültig formulieren. Außerdem wird ein neuer Vorstand gewählt werden.

### „Volksbefragung“ in der Ostzone

Anfuhr bei Kontrollen in den Westsektoren Berlin (UP). Die Regierung der „Deutschen Demokratischen Republik“ beschloß, dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch eine „Volksbefragung“

## Europa-Verfassung wird entworfen

Deutscher Antrag in Straßburg - Schaffung einer übernationalen Behörde

Straßburg (UP). Die Beratende Versammlung des Europarates in Straßburg ist in einem gemeinsamen Antrag deutscher, französischer und italienischer Delegierter aufgefordert worden, noch innerhalb der nächsten drei Monate den Entwurf einer Verfassung für die Vereinten Staaten von Europa vorzulegen.

Der Antrag ist auf Anregung des Bundestagsabgeordneten Karl von Campe (DP) eingebracht und unter anderem auch von dem früheren französischen Ministerpräsidenten, Paul Reynaud unterzeichnet worden. Die Beratende Versammlung soll die Bildung eines Ausschusses beschließen, in dem jene Mitgliedstaaten vertreten sind, die sich grundsätzlich zur Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte bereit erklären. Erstes Ziel ist die Schaffung einer übernationalen europäischen Behörde. In denjenigen Ländern, in denen noch keine Klarheit über die Meinung der Bevölkerung zum Zusammenschluß von Einzelstaaten zu einem Vereinten Europa besteht, sollen zudem Volksbefragungen abgehalten werden.

Luftfahrtunion vorgeschlagen Italien hat durch seinen Außenminister, Graf Sforza, die Bildung einer europäischen zivilen Luftfahrtunion vorgeschlagen, der alle im Europarat vertretenen Nationen angehören sollen. Die Billigung des Sforzaplans würde für Deutschland die Möglichkeit eröffnen, durch seine Teilnahme an einer solchen Union die Lufthoheit über dem Bundesgebiet wieder zu erlangen und selbst auf dem Gebiet der zivilen Luftfahrt tätig zu werden. Bundeskanzler Dr. Adenauer nannte den Vorschlag des italienischen Außenministers „sehr gut und sehr vernünftig.“

## „Reichsfront“ der SRP verboten

Graf Westarp verkündet Selbstauflösung - SPD: „Zu spät und nicht scharf genug“

Bonn (UP). Das Bundeskabinett hat beschlossen, die „aktivistischen Gliederungen“ der Sozialistischen Reichspartei zu verbieten. Besonders der „Reichsfront“ der SRP wird jede Tätigkeit untersagt.

Die Bundesregierung will beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP stellen, sobald das Gericht seine Arbeit aufgenommen hat. Die Beteiligung der SRP an den Landtagswahlen in Niedersachsen wird nicht behindert. Die Bundesregierung hat darüber hinaus beschlossen, darauf hinzuwirken, daß in der künftigen Gesetzgebung gegen alle totalitären

Der Wirtschaftsausschuß des Europarates hat einstimmig die Vorlage einer Resolution an die Beratende Versammlung beschlossen, in der den am Schumanplan beteiligten Regierungen empfohlen wird, das Vertragswerk so schnell wie möglich ratifizieren zu lassen.

Die Beratende Versammlung wird sich auf ihrer am Samstag beginnenden Sitzungsperiode mit dem Wirtschaftsbericht der OEEC, dem Bericht des Ministerrates, der geplanten Bildung eines europäischen Arbeitsamtes, den Fortschritten der Verteidigungsorganisation und den Landwirtschafts- und Verkehrsplänen beschäftigen.

Adenauer befriedigt Bundeskanzler Dr. Adenauer würdigte in einer Rundfunkansprache die Bedeutung der Aufnahme Deutschlands als vollberechtigtes Mitglied in den Europa-Rat. Dabei betonte der Kanzler: „Keine europäische Entscheidung wird künftig mehr ohne die Stimme Deutschlands getroffen werden können.“ Die Bundesrepublik habe in der kurzen Zeit von 18 Monaten den weiten Weg von „völliger Unselbständigkeit“ zur Gleichberechtigung in der europäischen Gemeinschaft zurückgelegt.

Der Bundeskanzler wandte sich dann noch einmal dem Abschluß der europäischen Montanunion zu und versicherte, die Ratifizierung des Schumanplanes werde zur Aufhebung des Ruhrstatutes führen. Mit dem Schumanplan beginne eine neue Epoche. Europa sei bisher nur ein geographischer Begriff gewesen und werde nunmehr zum politischen Faktor, hinter dem politischer Wille und politische Kraft stünden. Deutschland habe durch seine Mitwirkung beim Zustandekommen des Schumanplanes an hervorragender Stelle mitgeholfen, dessen politischen Faktor Europa zu schaffen.

Verbindungen, ob rechtsradikal oder linksradikal, energisch vorgegangen wird.

Wie Bundesinnenminister Dr. Lehr vor der Presse in Bonn erklärte, werden die Landesregierungen ersucht, die aktivistischen Verbände der rechtsradikalen SRP aufzulösen. Lehr begründete das Verbot mit der Feststellung, die Gliederungen der SRP versuchten mit ihren Zielen und ihrem Verhalten ihre Anhänger unter Terror zu stellen. Namentlich die „Reichsfront“ sei als verfassungswidrig anzusehen. In ihrer Form ähnelte diese Organisation der ehemaligen SA.

Der Vorstand der Sozialistischen Reichspartei hat daraufhin die „Reichsfront“ aufgelöst, wie das Vorstandsmitglied der SRP, Graf Westarp, mitteilte. Die SRP-Partelleitung sei zwar der Ansicht, daß die verbotene Organisation keinerlei militärische Funktionen habe. Man habe sich aber zu ihrer Auflösung entschlossen, um keinen Anlaß zu weiteren Einschreiten gegen die SRP zu geben.

Die SPD wirft der Bundesregierung vor, es sei ihre Schuld, daß das Bundesverfassungsgericht noch nicht bestehe und deshalb gegen die SRP nicht mit der gebotenen Schärfe vorgegangen werden könne. Die jetzigen Maßnahmen seien zu spät beschlossen worden und in ihrer Auswirkung nicht einschneidend genug.

Ein Bundesbesatzungsamt Das Bundesfinanzministerium hat dem Bundeskabinett den Entwurf für ein „Gesetz über die Errichtung des Bundesbesatzungsamtes“ zugeleitet, das dem Bundesfinanzministerium unterstehen und etwa hundert Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigen soll.

Dr. Hans Fodeyn, der Chef der deutschen Mission der Marshallplan-Verwaltung (ECA), traf in Westdeutschland ein. Im Mittelpunkt seiner Besprechungen mit Vertretern der Bundesregierung und der Hohen Kommission stehen die Verwendung der ECA-Mittel für den Rest von 1950/51 und die Vorbereitungen für das Planjahr 1951/52. Die Befürchtungen, daß die ERP-Hilfe für die Bundesrepublik gekürzt werde, hätten sich erfreulicherweise nicht bestätigt, erklärte Vizekanzler Blücher in einer Pressekonzferenz. Es sei nunmehr sicher, daß der Bund die für das laufende Planjahr vorgesehenen Gelder auch tatsächlich erhalte.

Unzulässige Gewinne?

Es müsse untersucht werden, ob eine Subventionierung des Margarinepreises in Höhe von 32,5 Millionen DM monatlich künftig tragbar sei, so sehr auch ein niedriger Preis der Margarine sozialen Erwägungen Rechnung trage, heißt es in einer Anfrage der Zentrumsfraktion an den Bundesfinanzminister. Man müsse vermeiden, daß die Subventionen nur zur Erhöhung des Gewinnes der Industrie beitragen.

Die Zentrumsfraktion hat ferner an den Bundesfinanzminister die Anfrage gerichtet, ob er steuerliche Maßnahmen vorbereitet habe, deren Ziel es sei, die „unverdienten Mehrgewinne in Höhe von etwa 60 Millionen DM der Volkswirtschaft wieder zuzuführen. Die Nutznießer der Preiserhöhung seien nämlich nicht die Landwirtschaft, sondern der Handel und die Mühlen, die den größten Teil der letztjährigen Ernte bereits in ihrer Hand hätten.

## Ein Verhör

MacArthur vor seinen Untersuchungsrichtern

General MacArthur ist ein für sein hohes Alter noch erstaunlich temperamentvoller Herr. Ohne schriftliche Vorbereitung stellte er sich den Kreuzfragen von fünfzig Senatoren und verteidigte seine Fernostpolitik mit einer Vehemenz, die in ihrer schonungslosen Offenheit verblüffte. Generalstabschef Bradley hatte darum begriffliche Sorgen, sein Kollege könnte zu sehr seinem verärgerten Herzen Luft machen und Dinge ausplaudern, die der Gegner nicht unbedingt zu erfahren braucht.

Die Vorwürfe, die der seitherige Oberbefehlshaber im Fernen Osten gegen seine Regierung erhob, sind in der Tat recht schwerwiegender Natur: Er behauptete nicht mehr und nicht weniger, als daß sie am zwecklosen Tod von vielen tausend Soldaten schuld sei, weil sie sich niemals zu einer konsequenten Politik in Ostasien habe entscheiden können. Vielleicht sind MacArthurs Beschuldigungen nicht ganz unberechtigt; soviel jedenfalls steht fest, daß die Ansicht sehr einflußreicher Kreise in Washington, den Krieg in Korea sozusagen mit der linken Hand führen und auf eine Verständigung mit Peking hoffen zu dürfen, sich als gefährlicher Trugschluß erwies. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß MacArthurs Strategie Anlaß zu mancherlei Kritik bot, denn die schweren Rückschläge während des vergangenen Jahres wären sicher nie eingetreten, wenn seine Truppen nicht allzu leichtfertig in die von Chinesen gestellte Falle marschiert wären.

Aus dieser harten Lehre hat MacArthur die Konsequenzen gezogen: eine solche Überumpelung — so sagte er vor dem Senat — wäre jederzeit wieder möglich, wenn die Aufmarschbasen des Feindes hinter dem Yalu nicht angegriffen würden. Vom militärischen Standpunkt aus mag dies richtig sein, denn es ist für jeden Heerführer eine bedrückende Aufgabe, in einem verhältnismäßig engen Raum operieren und das Gesetz des Handelns zumeist dem Feind überlassen zu müssen. Solange der Yalu die Grenze der amerikanischen Kriegführung bildet und die Chinesen aus dem Reservoir der Mandschurei stets neue Truppen in die Schlacht werfen können, während ihre Flugzeuge dort ungehinderte Stützpunkte haben, bleibt die Situation für die Amerikaner in Korea nahezu aussichtslos.

Demit aber stehen die USA an einem Scheideweg: Sie werden sich — nachdem alle Aussichten auf einen Verhandlungsfrieden im Augenblick illusorisch erscheinen — darüber schlüssig werden müssen, ob sie es beim jetzigen Zustand in Korea, also bei einem vielleicht über Jahre sich hinziehenden Abnutzungskrieg mit wachsenden Opfern an Blut und Gut belassen oder ob sie eine Entscheidung suchen wollen, die heute noch nicht abschätzbare Folgen nach sich ziehen kann. MacArthur ist für die letztgenannte Alternative und er predigt sie mit einem Optimismus, dessen Grundlagen vielleicht doch fragwürdiger sind, als er mit forschem Draufgängertum glauben machen will.

Denn schließlich ist es eine sehr ernste Frage, wie Peking und Moskau auf Luftangriffe gegen mandschurische Stützpunkte und eine Seeblockierung Chinas reagieren werden. MacArthur erklärt kaltblütig, es werde nichts passieren. Die Sowjetunion kann nach seiner Auffassung einen Luftkrieg großen Stils im Fernen Osten überhaupt nicht führen. Die transsibirische Eisenbahn sei nicht leistungsfähig genug, um starke Streitkräfte ausreichend versorgen zu können. Nicht einmal für eine Belieferung Rotchinas genüge sie. Vielleicht trifft diese Spekulation zu und man kann MacArthur zubilligen, daß er die Schwierigkeiten eines Nachschubes über einige zehntausend Kilometer Entfernung kennt, zumal wenn nur ein einziger Schienenweg zur Verfügung steht, der durch Bombardements äußerst verwundbar ist.

Aber woher weiß er, ob die Sowjetunion nicht bereits im Fernen Osten Streitkräfte und Vorräte bereit hat, die völlig für eine Beendigung des Koreakrieges genügen? Im amerikanischen Senat flüsterte man sich zu, daß in Ostsibirien rund 500 000 Mann stationiert seien. MacArthur mag recht haben mit seiner geringschätzigen Beurteilung der Ausrüstung der chinesischen Armeen, aber könnte die zahlenmäßige Übermacht nicht schon erdrückend sein? Der General berief sich zur Stützung seiner Auffassung auf das Urteil der Oberkommandierenden der amerikanischen Wehrmachtteile, die noch am 12. Januar seine Ansichten billigten. Und er vermutete wahrscheinlich auch nicht falsch, als er in Truman oder Marshall die Verantwortlichen dafür suchte, daß er nicht die entsprechenden Instruktionen erhielt und vor allem nicht die Verstärkungen, deren er so dringend bedurfte. Daß MacArthur mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln den Korea-Krieg militä-

# Ridgway erwartet neue Offensive

### US-Panzerspitzen fühlen vor - Südkorea klagt über Völkermord

risch nicht zu gewinnen vermochte, ist nicht seine Schuld; als er eine politische Lösung suchte, wurde er abgesetzt. General Ridgway wird es nicht anders ergehen, wenn man in Washington bei der bisherigen Haltung bleibt. Hierin scheint sich allerdings ein Wandel anzukündigen, denn der amerikanische Chefdelegierte bei den UN beantragte soeben namens seiner Regierung die Verhängung eines Waffenembargos gegen Rotchina. Dieses dürfte sich indessen praktisch nur dann durchführen lassen, wenn Seestreitkräfte die chinesischen Häfen blockieren. Eine solche Blockade steht übrigens längst auf dem Programm MacArthurs und überdies will er die Nationalchinesen einsetzen, wozu diese aber nur in der Lage wären, wenn sie aus den USA Waffen erhielten.

Daß gegenüber Tschiangkai-schek manche Versäumnisse der amerikanischen Regierung vorliegen, steht außer allem Zweifel. Sie hat seinerzeit die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung seines Regimes eingestellt mit der zutreffenden Bemerkung, daß die kommunistische Hilfe in der typisch chinesischen Korruption versickert sei. Aber es hätte die Möglichkeit bestanden, durch entsprechenden Druck auf Tschiangkai-schek dafür zu sorgen, daß die amerikanischen Dollars nicht in falsche Hände gerieten. Und vor allem war es bekanntlich MacArthur, der den von Washington verworfenen Plan ausgearbeitet hatte, eine militärische Niederlage Tschiangs gegen Mao zu verhindern. Er wollte, als die Nationalchinesen noch zwei Drittel des Festlandes in Händen hatten, mit Hilfe japanischer Truppen unter Führung amerikanischer Offiziere den Kommunismus in Ostasien ausrotten. Aber Truman wollte damals nicht, weil er Stalin noch für einen Alliierten hielt und an die Sättigung der Sowjetunion glaubte. Diesen Irrtum muß nun die Welt teuer bezahlen.

Vielleicht mag MacArthur richtig schätzen, wenn er meint, daß es auch jetzt noch nicht zu spät sei und ein entschlossenes Handeln im Fernen Osten einen raschen Sieg verbürgen würde. Aber möglicherweise hat Moskau Pläne zur Hand, an die er nicht denkt, denn es wird ja heute nicht nur im Fernen Osten um weltpolitische Entscheidungen gerungen. Wenn die Vereinten Nationen, deren Einigkeit schon so oft problematisch war, in Korea eine militärische oder auch nur politische Niederlage erleiden, dann werden Indochina, Malaya, Burma, Indien, Afghanistan und Persien sehr schnell den Druck der freiwerdenden Kräfte Moskaus verspüren. Die Frage: „Was nun?“ kann auch nicht beantwortet werden ohne einen Blick auf Europa, wo nicht minder gefährliche Perspektiven sich eröffnen könnten. Denn Rußland hat für sich den unbestreitbaren Vorteil, auf der inneren Linie operieren zu können, indes seine Gegner sich an der Peripherie bewegen müssen.

Es hat also seine guten Gründe, warum Truman zögert, eine Entscheidung zu treffen, deren Auswirkungen niemand voraussagen kann, vor allem aber nicht MacArthur, der zu sehr nach dem Fernen Osten blickt und zu übersehen scheint, daß die Machtprobe zwischen den USA und der Sowjetunion globales Ausmaß erreicht hat. Truman muß auch wissen, welche Kraftentfaltung er seinem Lande zutrauen kann, indes wir Europäer uns in der prekären Lage befinden, die Folgen einer Politik mittragen zu müssen, auf die wir nur wenig Einfluß haben. Wir können nur den Wunsch äußern, sie möge den Völkern das furchtbare Schicksal eines neuen Weltkrieges ersparen. Fk

## Nur bedingt Verteidigungsbeitrag

**Kreisparteitag der CSU Lindau**  
Weiler-Allgäu (UP). Auf dem Kreisparteitag der CSU Lindau, der in Weiler im Allgäu stattfand, lehnte der CSU-Generalsekretär Strauß einen deutschen Verteidigungsbeitrag ab, so lange es „Völker verschiedener Klassen gäbe“. Die Freiheit und Sicherheit der Menschheit sei unteilbar. Zu dem gegenwärtigen Besatzungskostenetat übte Strauß harte Kritik und bezeichnete es als paradox, daß gleichzeitig 35 Millionen DM für Demilitarisierung und mehr als 400 Millionen DM für Remilitarisierung vorgesehen seien. Zur Innenpolitik hatte Strauß erklärt, eine engere Zusammenarbeit mit der Bayernpartei begegne der Schwierigkeit, daß nur ein Teil der Wähler dieser Partei christlich eingestellt sei. Die CSU werde aber den Unionsgedanken niemals aufgeben. Hierzu erklärte der Lindauer CSU-Landtagsabgeordnete Dettler, eine Annäherung zwischen CSU und Bayernpartei in Bonn bedeute noch nicht, daß man in München zusammenrechen würde.



Bundesinnenminister Lehr erläutert Prozessvertretern die Maßnahmen der Bundesregierung gegen eine kommunistische Volksbefragung

**Tokio (UP).** Die UN-Streitkräfte konnten zum ersten Mal seit Beginn der kommunistischen Gegenoffensive wieder Geländegewinne erzielen.

Ostlich von Seoul stießen sie gegen geringen gegnerischen Widerstand nach Norden vor und hoben neue Verteidigungsstellungen aus. Etwa 15 Kilometer nördlich der Stadt drang ein Panzerstoßtrupp zum dritten Mal in Uijongbong ein und drängte einen kleineren kommunistischen Verband ab. Ein anderer Panzerstoßtrupp arbeitete sich auf der Straße Seoul-Chunchon bis an den Chapyong-Staudamm vor, ohne auf wesentlichen Widerstand zu stoßen.

Der Oberkommandierende der UN-Streitkräfte, Generalleutnant Ridgway, erklärte nach einer Inspektion der Frontlinie, daß die Kommunisten wahrscheinlich ihre Offensive fortsetzen werden. Jedoch seien die Truppen der UN der festen Zuversicht, „mit allem fertig zu werden, was gegen sie in den Kampf geworfen wird“.

3000 kanadische Soldaten trafen im südkoreanischen Hafen Pusan ein.

Der südkoreanische Delegierte hat im Wirtschafts- und Sozialrat der UN gegen die chinesischen und nordkoreanischen Kommunisten Anklage wegen Völkermords (Genocide) erhoben. Dem kommunistischen Plan, die Republik Korea zu vernichten, seien bisher zwei bis drei Millionen koreanischen Zivilisten als Tote, Verletzte oder Vermisste zum Opfer gefallen. Die Kommunisten hätten es besonders auf die Vernichtung religiöser Vereinigungen abgesehen, erklärte dazu der südkoreanische Delegierte auf einer Pressekonferenz.

## Keine Front soll geschwächt werden

### Alliierte sollen stärker helfen — Zweites Verhör MacArthurs

Washington (UP). MacArthur führte in Beantwortung von Fragen, die verschiedene Mitglieder des Untersuchungsausschusses an ihn richteten, unter anderem aus: Sowohl Asien als auch Europa müßten gegen den Kommunismus verteidigt werden. Die USA dürften es niemals zulassen, daß Einbrüche in das westliche Verteidigungssystem erzielt werden, die in jedem Falle einer Niederlage gleichkämen. Die Luftstreitkräfte der USA seien stark genug, um mit der Entwicklung im Fernen Osten fertigzuwerden, ohne daß dadurch andere Verteidigungsprojekte in Mitleidenschaft gezogen werden. Formosa dürfe unter gar keinen Umständen in die Hände der Kommunisten fallen.

Die von den anderen Mitgliedstaaten nach Korea entsandten Truppen seien zahlenmäßig so gering, daß sie aus Korea herausgezogen werden könnten, ohne daß dies den weiteren Verlauf des Geschehens beeinflussen würde. Die Hauptlasten des Kampfes in Korea würden noch immer von den Südkoreanern und von den USA getragen. Die anderen alliierten Mächte sollten ihren Beitrag zur Zurückweisung der kommunistischen Aggression in Korea vergrößern. Den chinesischen Kommunisten sollte ein Ultimatum gestellt werden. Falls sie ablehnen und ihre Angriffe in Nordkorea nicht einstellen, sollten militärische und wirtschaftliche Sanktionen beschlossen werden, darunter auch die Bombardierung mandchurischer Stützpunkte.

Verteidigungsminister Marshall sei übrigens noch vor wenigen Wochen bereit gewesen, bei Friedensverhandlungen über Korea die Übergabe Formosas an die chinesischen Kommunisten in Erwägung zu ziehen.

## Säuberung in Indochina

Saigon (UP). Der britische Kommandant für Südostasien, Malcolm MacDonald, erklärte in Saigon, die kommunistischen Vietminh-Rebellen hätten keine Aussicht, den Kampf zu gewinnen, falls es nicht von „ausländischen“ Kommunisten unterstützt würden.

Nach einigen Tagen der Ruhe ist die Kampf-tätigkeit an der Mittel- und Südfreit von Indochina wieder aufgelebt. Französische und vietnamesische Infanterieeinheiten haben mit Unterstützung von Sturmbooten mehrere kommunistische Vorposten ausgehoben, sowie drei gegnerische Waffenlager und einen Radiosender zerstört. Französische Kriegsschiffe brachten einen gegnerischen Geleitzug von Dschunken an der Küste von Mittel-Indochina auf, während Bombenflugzeuge in den nördlichen Teilen der Provinz Annam mehrere kommunistische Truppenlager angriffen.

## Artilleriekampf bei Kapernaum

### Jetzt Waffenstillstand Israel-Syrien

**Kapernaum/Israel (UP).** In der Gegend von Kapernaum kam es zu einem längeren Artilleriegefecht zwischen syrischen und israelischen Streitkräften, die den Anweisungen der UN auf Einstellung des Feuers nicht nachgekommen waren.

Syrien beschuldigte die israelischen Truppen, sie hätten das Feuer auf einen Beobachter der UN eröffnet, der sich mit einem weißen Wagen auf einer Fahrt in der entmilitarisierten Zone nordwestlich des Tiberiassees befand.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission der UN, der belgische Oberst de Ridder, traf mit Offizieren Israels und Syriens zusammen, um eine Einstellung der Kämpfe nördlich des Sees Genezareth in Galilea zu erreichen. Dies gelang ihm auch, denn ein israelischer Militärsprecher gab bekannt, daß Syrien und Israel einen „endgültigen Waffenstillstand“ geschlossen hätten, der am Freitag 14.30 Uhr MEZ wirksam geworden sei.

9000 arabische Palästinaflüchtlinge in Jordanien, Syrien, Libanon, dem Irak und Ägypten haben dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag aus Amman ein Telegramm geschickt, in dem sie eine Klage gegen die UN ankündigen. Sie fordern eine Erklärung darüber, warum es nicht möglich sei, den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Der Internationale Gerichtshof darf satzungsgemäß nur Klagen von Staaten entgegenneh-

men. Er wird daher nicht in der Lage sein, sich mit Klagen von privaten Vereinigungen zu beschäftigen.

## Schießerei zwischen MP und Russen

### Zwischenfall mit tödlichem Ausgang in Wien

Wien (UP). Zwei Angehörige der amerikanischen Militärpolizei, die Korporale Paul I. Gresen und Jack Morgan, hatten vor einem Nachklub „Casino Oriental“ zwei sowjetische Soldaten zum Vorzeigen ihrer Ausweise aufgefordert. Die Sowjetsoldaten lehnten dieses Ansinnen ab und eröffneten aus Maschinenpistolen das Feuer, wobei Gresen so schwer getroffen wurde, daß er starb. Dann liefen die sowjetischen Soldaten fort, wobei Korporal Morgan ihnen einige Schüsse nachfeuerte. Außerdem wurde ein österreichischer Zivilist bei der Schießerei verwundet, und eine Autotaxe getroffen. Die Mordtat erfolgte im internationalen Bezirk Wiens, der zur Zeit von den Amerikanern kontrolliert wird.

Generalmajor Boreyko, der Kommandant der sowjetischen Truppen in Wien, hat dem amerikanischen Kommandanten, Brigadegeneral William T. Pitt, sein Bedauern über die Erschießung des Militärpolizisten Gresen ausgedrückt. Während es Boreyko zunächst ablehnte, eine gemeinsame Untersuchung des Vorfalls durchzuführen, gab am Freitagabend der amerikanische Hohe Kommissar, Botschafter Donnelly, bekannt, daß die sowjetischen Behörden sich bereit erklärt hätten, gemeinsam mit den US-Militärstellen eine Untersuchung des Zwischenfalles durchzuführen.

Es hat den Anschein, daß sich die beiden amerikanischen Soldaten, die ihre erste Streife dieser Art durchführten, über ihre Aufgaben nicht völlig im klaren waren. Alle vier Besatzungsmächte haben das Recht, im internationalen Sektor neben der Viermächtepolizei eigene Militärestreifen zu unterhalten, die jedoch nur ihre eigenen Staatsangehörigen kontrollieren dürfen. Bei Zwischenfällen, in die Soldaten oder Staatsangehörige mehrerer Staaten verwickelt sind, muß die Viermächtestreife herbeigerufen werden.

Der sozialistische Bürgermeister der kleinen Arbeitersiedlung Sonntagsberg, in der sowjetischen Zone, Leopold Weber, ist, wie jetzt bekannt wird, am 1. Mai von Kommunisten während des Maumzuges niedergeschlagen und getötet worden. Die Tat ereignete sich, als Kommunisten einen sozialistischen Maumzug sprengen wollten.

## Keine Entnazifizierung mehr

### Hilfsgemeinschaft für Geschädigte

Bonn (UP). Eine „Hilfsgemeinschaft für Entnazifizierungsgeschädigte“ wurde in Bonn gegründet. Sie will eine „Fortführung der illegalen Entnazifizierung verhindern“ und folgenden Zusatz im Grundgesetz aufnehmen lassen: „Kein Deutscher darf zur Ausfüllung eines politischen Fragebogens veranlaßt werden“. Als Postanschrift nennt diese Organisation das „Bundes-Haus-Postamt-Bonn“.

Parteilosophisch will sich die Hilfsgemeinschaft laut Programm nicht betätigen, ebenso will sie nicht in Gegensatz zu irgendeiner politischen Gruppierung geraten. Zur Durchführung ihrer Aufgabe nimmt sie „zweckentsprechende Dokumente“, aber auch Spenden entgegen. Absatz III des Programmes lautet: „Die Hilfsgemeinschaft wird dagegen angehen, daß niemals wieder politische Gesinnung und Aktivität, soweit sie in gutem Glauben und ohne Verstoß gegen bestehende Gesetze auftreten, bestraft werden. Die Hilfsgemeinschaft wird sich nach Möglichkeit auch für jene Europäer einsetzen, die während des Krieges auf deutscher Seite gekämpft haben und dafür noch immer leiden müssen“.

## Hohe Strafanträge im Kripo-Prozeß

### Rund 220 000 DM und 22 Jahre Gefängnis

Frankfurt (UP). Im Frankfurter Kripo-Prozeß beantragte der Anklagevertreter gegen den Hauptangeklagten Rechtsanwalt Lafontaine wegen Betruges, aktiver Bestechung und Steuerhinterziehung eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren, 5000 DM Geldstrafe und eine Wertersatzstrafe von 65 000 DM, sowie Aufrechterhaltung des Haftbefehls. Derselbe Gefängnisstrafe mit 4000 DM Geldstrafe und 22 000 DM Wertersatz bei Aufrechterhaltung des Haftbefehls verlangte er für den ehemaligen Verbindungsmann der Deutschen Polizei zum US-Bezirksgericht, Kriminalassistent Henkell. Für den ehemaligen Asservatenverwalter, Kriminalobersekretär Groh, forderte der Staatsanwalt 3 Jahre Gefängnis und 21 000 DM Wertersatzstrafe wegen Betruges und Steuerhinterziehung. Derselbe Strafe soll auch den Kriminalsekretär Fuchs treffen. 2 Jahre Gefängnis wurden für den ehemaligen Chef der Kriminalpolizei, Deike, und den Kriminalsekretär Külb beantragt, für den Gastwirt Otto 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 25 000 DM Wertersatzstrafe, für den früheren Kriminalrat Hunkel und den Kriminalinspektor Eggers je 6 Monate Gefängnis. Die Strafanträge für die weiteren der 13 Angeklagten schwanken zwischen 1½ Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

## Rita Hayworth macht ernst

### Reno (UP). Die Filmschauspielerin Rita Hayworth wird bei einem Gericht im Staate Nevada (USA) entweder eine Scheidung oder eine Trennung von ihrem Mann Prinz Ali Khan beantragen, gab ihr Rechtsanwalt in Reno bekannt. Sie hat in Glenbrook in Nevada eine Villa gemietet, in der sie die sechs Wochen verbringen will, die nach dem Gesetz von Nevada verstreichen müssen, bevor sie eine Klage einreichen kann.

## Deutsche Turn- und Sport-Ausstellung

### Auf der Gartenschau in Stuttgart — Bild der Entwicklung des Sports — Große Anlagen

Die „Deutsche Turn- und Sportausstellung Stuttgart 1951“ wird am 3. Mai nachmittags 15 Uhr, im Beisein zahlreicher Gäste aus dem Bundesgebiet eröffnet werden. Unser Berichterstatter hatte Gelegenheit, sich schon vor der Eröffnung eingehend über die gesamte Schau zu informieren, von deren Größe und Bedeutung der folgende Bericht Zeugnis ablegt:



Das gesamte Gebiet der olympischen Sportarten in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart und in seiner Bedeutung für die seelische und körperliche Gesundheit unseres Volkes darzustellen, ist die Aufgabe der „Deutschen Turn- und Sportausstellung Stuttgart 1951“ vom 5. Mai bis 3. Juni, die auf dem weltbekanntesten Gelände der Deutschen Gartenschau in modernsten Hallen und in einem landschaftlich einzigartigen Park, die besten Voraussetzungen findet.

Im Mittelpunkt der „Deutschen Turn- und Sportausstellung“ in Stuttgart steht eine große historisch-theoretische Schau, die in einmaligen Dokumenten und Erinnerungsstücken die Entwicklung der Leibesübungen zeigt. Deutsche Meister und Olympiasieger geben zu der Ausstellung ihre wertvollsten Urkunden, Diplome, Preise und seltene Erinnerungsstücke.

## Großschau des Rudersports

Der Rudersport, der mit der internationalen Ruderregatta Ende Mai in den Mittelpunkt der „Deutschen Turn- und Sportausstellung“ rücken wird, ist mit ganz hervorragenden Ausstellungstücken vertreten. Die berühmtesten deutschen Rudervereine, z. B. „Amicitia“ Mannheim, Ludwigshafener Ruderverein 1878 „Germania“ Frankfurt, haben aus ihrem Besitz die ältesten Wanderpreise aller Bootsklassen zur Verfügung gestellt. Unter ihnen befindet sich u. a. der auch kunstgewerblich hervorragende „Gerbermühlen“-Einer, der „Büxenstein“-Vierer, der erste „Kaiserspreis“ und der Preis des Hamburger Senats — das „Blaue Band von Hamburg“ —, sowie der von der Stadt Frankfurt vor einigen Jahren neu gestiftete Wanderpreis „Frankfurter Achter“. Der Großherzog von Baden hat im Jahre 1893 für den Einer der Karlsruhe Ruderregatta einen silbervergoldeten Teller gestiftet, in dessen Bodenfläche elf badische Mühen aus den Jahren von 1737 bis 1888 eingegossen sind. Diese köstliche Schöpfung badischer Silberschmiedekunst ist ebenfalls zu sehen.

## Siegerreise aller Art

Der vielfache Deutsche Meister und Olympiasieger, Erwin Casimir, hat die wertvollsten seiner Siegerpreise zur Verfügung gestellt. Darunter befindet sich u. a. das „Olympia-Schwert“, eine Stiftung der Kronprinzessin von Griechenland zu den ersten olympischen Spielen in Athen, ein antikes Stück von außerordentlichem Wert. Ein Toledo-Schwert, eine hochkünstlerische Arbeit der bekannten spanischen Handschmiedekunst, stammt ebenfalls aus Casimir's Besitz und auch der Gustav-Casimir-Wanderpreis, den der bekannte Berliner Bildhauer Professor Lepcke schuf. Erinnerungsstücke von Turn- und Sportvereinen der sowjetischen Zone und der abgetrennten Ostgebiete nehmen einen breiten Raum ein. Es sind schöne Siegerpreise von den Breslauer Kampfsportvereinen 1934 zu sehen und Urkunden, die die deutschen Turn- und Sportvereine in den heute unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten errungen haben.

Das Archäologische Institut der Universität Tübingen hat die wertvollsten Abgüsse seiner reichhaltigen Sammlung von Zeugnissen der Leibesübungen in der Antike zur Verfügung gestellt. Die Sporthochschule Köln hat aus ihrem Archivmaterial die wertvollsten Stücke der Turn- und Sportliteratur nach Stuttgart gegeben, darunter eine Zusammenstellung sämtlicher Fachzeitschriften.

Der Deutsche Fußballbund ist mit einer Auswahl seiner besten Trophäen und einer lückenlosen Darstellung der Entwicklung des Fußballs vertreten. Er zeigt eine Übersicht über alle Meisterschafts- und Länderspiele und die Meisterschaftswindel der Deutschen Meister.

Die ältesten deutschen Turnerkarten sind auf der historischen Schau der „Deutschen Turn- und Sport-Ausstellung“ zu sehen. Hamburg 1816, Cannstatt 1848, das sind nur zwei Vereine, zwei Daten aus der Geschichte der deutschen Turnerei, die den Freunden des Turnens geläufig sind. Auch der Rugby-Sport ist in der historischen Schau vertreten, Heidelberg und Mannheim, die beiden südwestdeutschen Zentren des Rugbysports, lieferten dazu das Material.

## Geräte, Tote und Zeitungen

Die Schau des Sportgeräts, die in einer weiteren großen Halle gezeigt wird, bringt dank dem großen Verständnis der einschlägigen Industrie und des Handels in einem einzigartigen künstlerischen Rahmen das Neueste auf dem Gebiet der sportlichen Ausrüstung, der Bekleidung und der Geräte. Rund 50 Firmen der weitverbreiteten Sportgeräte- und Zubehöriindustrie sind daran beteiligt.

Die Württemberg-badische Toto-G.m.b.H. zeigt einen Apparat, der jeden Totobetrag künftig unmöglich machen soll. Die Maschine — die bei den Wettannahmestellen aufgestellt werden soll — sieht einer Registrierkasse ähnlich. Bei der Ausstellung stellen auch die führenden deutschen Sportzeitungen aus.

Ein besonderer Anziehungspunkt der „Deutschen Turn- und Sport-Ausstellung“ wird das Ausstellungskino mit rund 300 Sitzplätzen sein. Die besten Sportfilme des In- und Auslandes werden dort gezeigt.

## Kegeln und Sexellug

Eine Kegelman, auf der jeder Besucher seine Geschicklichkeit erproben kann, steht auf der „Deutschen Turn- und Sportausstellung“ in Stuttgart. Ihr ist eine besondere Halle eingeräumt, mitten im herrlichen Parkgelände.

Dem Segelflugwesen wurde ein besonderer Platz eingeräumt. Ein Segelflugzeug von 9,50 Meter Spannweite wird gezeigt, und flugfähige Modelle werden vorgeführt. Wolf Hirth, des Präsidenten des Deutschen Luftsportverbandes, und seiner Kameraden wertvollste Erinnerungsstücke sind in der historischen Schau zu sehen.

### Umschau in Karlsruhe

**Evangelische Geistlichkeit nicht SED-börig**  
 Der evangelische Landesbischof von Baden, D. Bender, nahm in Karlsruhe zu den kirchenfeindlichen Bestrebungen in der Sowjetzone Stellung. Der Landesbischof erläuterte, die SED habe versucht, zwischen die Kirchenleitung und die Pfarrer einen Keil zu treiben. Dieser Versuch sei nicht glückselig, denn nicht einmal ein Prozent der evangelischen Geistlichkeit der Ostzone könne als SED-börig bezeichnet werden. Hohe Kreise der evangelischen Kirche weisen darauf hin, daß die sowjetischen Behörden in der Behandlung von kirchlichen Fragen mehr psychologisches Feingefühl als die deutschen Stellen der Sowjetzone bewiesen hätten. Man habe wohl gemerkt, daß die Behandlung der christlichen Probleme in Ostdeutschland durch die SED ein „heißes Eisen“ sei.

**Gebt die Kriegsgefangenen frei!**  
**Heimkehrerkundgebungen im ganzen Land**  
 Karlsruhe (ZSH). Wie im ganzen Bundesgebiet, so gedachte auch in unserem Land das Volk jener Brüder und Schwestern, die immer noch in fremdem Gewahrsam hinter Stacheldraht schmachten müssen. In zahlreichen Heimkehrer-Kundgebungen wurde auf die allem Völkerrecht Hohn sprechende Schmach hingewiesen, die den deutschen Soldaten heute noch zugefügt wird. In den katholischen Kirchen wurde zum Teil schon am Vorabend im Rahmen der Malandachten der in Kriegsgefangenschaft Zurückgebliebenen gedacht. In mehreren Städten wurden Gedenktafeln mit den Namen der noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten enthüllt. Auch die Lehrer wiesen in den Schulen während des Unterrichts auf die Bedeutung des Tages der Kriegsgefangenen hin.

**Prinz-Max-Palais bis 1. August fertiggestellt**  
 Karlsruhe (Iwb). Bundesjustizminister Dr. Dehler hat Karlsruhe — wie erst jetzt bekannt wird — am vergangenen Mittwoch besucht, um sich über den Stand der Arbeiten für den Wiederaufbau des Prinz-Max-Palais zu unterrichten. Der Bundesjustizminister hat den Termin für die Fertigstellung dieses Gebäudes, in dem der Bundesverfassungsgerichtshof untergebracht werden soll, für den 1. 8. dieses Jahres festgesetzt.

**Zwei Postbeamte brauchen Geld**  
 Karlsruhe (UP). Zwei Beamte der Karlsruher Hauptpost haben in der Zeit vom Juni 1950 bis zum Frühjahr 1951 Päckchengelöhner in Höhe von rund 4500 DM unterschlagen. Wie dazu von amtlicher Seite bekanntgegeben wurde, handelt es sich um einen Postbetriebsassistenten und einen Postschaffner, die bei ihren „Geschäften“ gemeinsame Sache machten. Die beiden ungetreuen Beamten wurden verhaftet und sehen neben der richterlichen Aburteilung auch noch einem Disziplinarverfahren entgegen.

**„Badische Heimat“ ruft alle Heimatfreunde**  
 Karlsruhe. Das kulturelle Leben Karlsruhes wird durch die Neukonstituierung des Ortsvereins „Badische Heimat“ eine wesentliche Bereicherung erfahren. Nach mehrjähriger Pause nimmt die „Badische Heimat“ in Kürze ihre volkstümliche Arbeit wieder auf. Sie ruft heute schon alle Freunde der Heimat zu reger Teilnahme an den von ihr geplanten Vorträgen, Exkursionen und Besichtigungen auf.

Für den Herbst wird u. a. eine Fahrt nach Ettlingen vorbereitet. Die Mitglieder der „Badischen Heimat“ erhalten gegen einen Jahresbeitrag von 5 DM jedes Vierteljahr die mit wertvollen Aufsätzen und zahlreichen Bildern lebendig ausgestattete, jeweils achtzig Seiten umfassende Zeitschrift „Badische Heimat“ kostenlos zugestellt.

Oberbürgermeister Töpfer wurde in Anbetracht seiner Verdienste um die Wiederrückführung der Karlsruher Ortsgruppe Ehrenvorsitzender. Zum Vorsitzenden wurde Verleger Dr. Eberhard Knittel, zum Geschäftsführer

Dr. Engelbert Strobel und zum Bechner Verwaltungsinspektor Karl Geck gewählt. Dem engeren Vorstand gehören weiter Professor Dr. O. A. Müller, Konservator Dr. F. Wieland, Geologe Dr. L. Hirsch, Konservator Dr. L. Moser und Journalist M. Lösche an.

Die Stadt Karlsruhe stellt der „Badischen Heimat“ in Würdigung ihrer kulturellen Aufgaben für die Vortragsabende die Räume des Hauses Solms zur Verfügung und hat auch einen finanziellen Beitrag zum Wiederaufbau des Ortsvereins zugesagt.

### Aus der badischen Heimat

**Politisch tätige Pfarrer werden beurlaubt**  
 Langensteinbach (epd). Nach einem von der badischen Landessynode angenommenen Gesetz sollen Pfarrer, die sich als Kandidat einer Partei aufstellen lassen, bis zur Wahl keinen kirchlichen Dienst mehr ausüben. Ein gewählter Pfarrer scheidet für die Zeit der Ausübung seines politischen Mandats aus dem kirchlichen Dienst aus. In der Aussprache wurde übereinstimmend betont, daß dieses Gesetz keinen Rückzug der Kirche aus ihrer politischen Verantwortung auf den innerkirchlichen Raum bedeutet, sondern nur die parteipolitische Betätigung des amtierenden Pfarrers regelt.

**Arbeitsfreier Samstagnachmittag gefordert**  
 Herrenalb/Schwarzwald (ld). In der Evangelischen Akademie Baden trafen sich namhafte Vertreter der Kirche und des Sports bei einem Rundgespräch „Kirche und Sport“. Die Vertreter von Kirche und Sport setzten sich für einen arbeitsfreien Samstagnachmittag (früherer Ladeschluss) ein, um der sporttreibenden Jugend die Möglichkeit zu geben, ihre Wettkämpfe bereits am Samstagnachmittag ausüben zu können. Dadurch könne der Konflikt, in dem die heutige Jugend oft stehe, ob sie sonntagsmorgens in die Kirche oder auf den Sportplatz gehen solle, vermieden werden. Schon in den nächsten Tagen wollen sich die Vertreter der Kirche und des Sports an ihre Landtage und an den Bundestag wenden, um den angestrebten freien Samstagnachmittag, zu dem die Schulen durch Verzicht auf Hausaufgaben befreit werden sollen, auf Bundesebene gesetzlich zu verankern. Im Verlauf der Tagung distanzieren sich die kirchlichen Vertreter aus Baden von dem Plan, einen eigenen konfessionellen Sportverband zu gründen, solange in den Sportverbänden der christliche Glaube das Fundament der Erziehungsarbeit sei.

### Erfolgreiche nordbadische Jugendarbeit

Landesjugendausschuß hielt Jahreshauptversammlung ab - Schloß Rotenburg Jugendherberge

Wie steht es mit der Jugend? Diese oft etwas skeptisch gestellte Frage kann jeder mit Befriedigung und Zuversicht beantworten, der an der Jahreshauptversammlung des Landesjugendausschusses in Neckarzimmern teilnahm. Der Fortschritt im Zusammenwachsen der Jugendorganisationen und in der Bewältigung der durch die Zeit gestellten Aufgaben wurde offenkundig.

Der Jahresbericht des 1. Vorsitzenden E. Leis zeigte die vielfältige Tätigkeit des Ausschusses: Die Verbindungen der verschiedenartigen Jugendorganisationen wurden enger geknüpft, es wurde Kontakt mit dem Bundesjugendring aufgenommen und in der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge sowie im Fachausschuß für Jugendrecht mitgearbeitet. Die Zusammenarbeit mit dem württembergischen Landesjugendring konnte enger gestaltet werden, die Kreisjugendausschüsse wurden intensiviert und in die laufende Arbeit einbezogen. Dazu kamen spezielle Aufgaben: Schloß Rotenburg wird nun endgültig zur Jugendburg. Damit sind die Möglichkeiten für eine intensivere Jugendbetreuung und Freizeitgestaltung für ganz Nordbaden in einem Gebäude ermöglicht, das sich wie kein anderes zu diesem Zweck eignet

### Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar gegründet

Mannheim (Iwb). Die „Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar G.m.b.H.“ ist jetzt in Mannheim formal gegründet worden. Der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Helmerich teilte, auf einer Pressekonferenz mit, daß an dieser neuen Form der kommunalen Zusammenarbeit die Städte Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen mit ihren Landkreisen beteiligt seien. Auch die hessische Stadt Viernheim sei der Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Die Arbeitsgemeinschaft erfaßt ein Gebiet von 1556 Quadratkilometern mit einer Einwohnerzahl von 890 000 Menschen.

### KPD-Stadtrat von Besatzungsmacht verhaftet

Freiburg (Iwb). Die französischen Besatzungsbehörden haben den Redakteur der kommunistischen Zeitung „Unser Tag“ und Mitglied des Freiburger Stadtrates, Hans Schäfer (KPD) wegen Verstoßes gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 14 über die Sicherheit der alliierten Besatzungsmächte verhaftet. Gegen Schäfer wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

**Bruchsal.** In einem größeren Schuppen in der Gemeinde Weingarten brach ein Brand aus, der durch ein sechs Jahre altes Kind, das mit Strohbläsern spielte, entstand. Das Feuer verursachte einen Schaden von über 5000 DM. (Iwb)

**Mannheim.** Die Telefonleitung entlang des Rheins, über die die einzelnen Wasserstraßen- und Schiffahrtsämter miteinander verbunden sind, ist innerhalb von acht Wochen acht Mal von Kabeldieben durchschnitten worden. (Iwb)

**Heidelberg.** Der Professor für Staatswissenschaften an der Universität Notre Dame im Staate Indiana (USA), Dr. Waldemar Gurian, wird im Sommersemester an der Universität Heidelberg eine Gastvorlesung über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und der UdSSR halten. (Iwb)

**Freiburg.** In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Deutschland und der Schweiz wurde die neue Internationale Schwesternschule in Todtnoos eingeweiht, welche hinter der Grenzlandheilstätte ein eigenes Heim erhielt. (Iwb)

### Verbesserung der Wasserversorgung

Neuer Etat mit 100 Millionen DM Defizit?

Stuttgart (Iwb). Der Sonderausschuß des württemberg-badischen Landtags für die Wasser- und Energiewirtschaft beschäftigte sich eingehend mit der Verbesserung der Wasserversorgung des Landes. In einem Antrag verlangte der Ausschuß, daß im Etat 1951/52 für Nordwürttemberg 4 362 000 DM und für Nordbaden 1,4 Millionen DM an Staatsbeiträgen für die Finanzierung der Arbeiten zur Verbesserung der Wasserversorgung bereitgestellt werden. Außerdem sollen in den außerordentlichen Haushalt 740 000 DM für Staatsdarlehen in Nordwürttemberg und 300 000 DM für Darlehen in Nordbaden bereitgestellt werden. Von Vertretern des Landesbezirks Nordbaden, der unter dem Wasser-mangel nicht so stark zu leiden hat wie Nordwürttemberg, wurden diese Mittel als ausreichend bezeichnet. Ferner beantragte der Ausschuß, daß die Regierung mit dem Landesarbeitsamt in Verbindung treten solle, um von diesem Darlehen zur Finanzierung von Wasserbauvorhaben zu erhalten. Die in den Haushaltsplan 1950/51 für den Ausbau der Wasserversorgung eingestellten Mittel sind im wesentlichen verbraucht worden. Welche Summe im neuen Etat zur Verfügung gestellt werden kann, steht noch nicht fest.

Landesversorgungsamt nahm seine Arbeit auf

Innenminister Ulrich betonte in der Sitzung, daß eine Verbesserung der Wasserversorgung vor allem in Nordwürttemberg außerordentlich dringlich sei. Der Vertreter des Finanzministeriums teilte in diesem Zusammenhang mit, daß der neue Etat voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 100 Millionen DM abschließen werde. Dabei seien Mittel, wie sie jetzt für die Wasserversorgung benötigt würden, noch gar nicht berücksichtigt. Die Vorlage des Etats an den Landtag werde noch etwa vier bis sechs Wochen auf sich warten lassen.

Das Landesversorgungsamt für Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart hat seine Tätigkeit für Württemberg-Baden bereits aufgenommen. Der vom württemberg-badischen Landtag am 25. April gebilligte Staatsvertrag mit Württemberg-Hohenzollern über die Schaffung des gemeinsamen Landesversorgungsamtes bedarf jetzt noch der Zustimmung des Landtags von Württemberg-Hohenzollern. Das Landesversorgungsamt ist die Aufsichtsbehörde der in seinem Bereich eingerichteten Versorgungsämter, der sonstigen Versorgungs-Dienststellen und -Krankenanstalten. Ein Beirat, in den Vertreter der Kriegspfeververbände, der Hauptfürsorgestellen, der Kreisfürsorgeämter und der gesetzlichen Krankenkassen berufen worden sind, soll die Verbindung mit den an der Kriegspfeverversorgung beteiligten Organisationen und Behörden aufrechterhalten.

Landespolizeidirektor Stils im Amt

Stuttgart (Iwb). Der neue Direktor der württembergischen Landespolizei, Regierungsdirektor Dr. Richard Stils, wurde von Innenminister Ulrich in sein Amt eingeführt. Dr. Stils leitet in Personalunion auch die Landespolizeidirektion Nordbaden.

Fremdenverkehrstag in Stuttgart eröffnet

Stuttgart (Iwb). Der zweite deutsche Fremdenverkehrstag ist mit internen Arbeitstagen des Beirats der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, des Bundes deutscher Verkehrsverbände, des Deutschen Bilderbandes und des Deutschen Reisebüroverbandes eröffnet worden. An der Tagung, die von der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr (ZfV) veranstaltet wird, nahmen rund 1000 deutsche Fremdenverkehrsfachleute teil. Ferner sind bei dem Fremdenverkehrstag mehrere ausländische Gäste zugegen. Am Samstag findet im Großen Haus der Württembergischen Staatstheater eine Kundgebung statt, bei der Bundesverkehrsminister Seeböhm, Ministerpräsident Maier, der Präsident des Bundes deutscher Verkehrsverbände, Oberbürgermeister Kolb (Frankfurt) sowie namhafte Vertreter deutscher und ausländischer Fremdenverkehrsorganisationen sprechen werden.

### Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Pasing

18. Fortsetzung

„Alles mögliche, Werkzeug, Eisenbahn, Baukasten und das Kasperltheater war auch dabei.“ „Das Kasperltheater? Weißt noch“, spinnst sie die Erinnerungen weiter, „mit dem haben wir oft gespielt.“

„Ich weiß“, lacht Liesl, „wegen dieser Schauspielerei hab ich mich am meisten über Walter geärgert. Jede Königin und Prinzessin hat er Agnes geheißt, jede weibliche Hese oder Schreckgestalt hat er Liesl benannt. Dann ist der Streit losgegangen. Aber, Agnes, denken wir nicht immer zurück. Vor uns liegt das Leben, das wir anpacken müssen. Es hat jede Zeit ihre steinernen und ihre goldenen Stufen.“

„Gehst du jetzt die goldenen?“ ferscht Agnes. „Beide, Agnes. Es gibt kein volles Glück.“

„Liesl, geht, du hast den Walter gern?“ Es ist eine Frage wie das Klängen eines Schicksals.

Zwei helle Mädchenaugen werden dunkel und traurig. Die Näharbeit sinkt in den Schoß. Nach einer schweren Pause: „Warum fragst du mich darnach, Agnes?“

„Weil ich es kommen gesehen habe. Ich weiß alles. Und ich weiß auch, warum du nicht ganz glücklich bist: meinetwegen. Es ist doch alles natürlich, wie es gekommen ist. Ich könnte keinem von euch böse sein. Er wird bei dir glücklicher werden.“

„Red nicht davon, Agnes. Es tut weh. Ich weiß, wie Lieb er dich gehabt hat.“

Dieses ausgesprochene Gewesene schmerzt. Liesl ist sehr nachdenklich geworden. Der Weg zu ihrer Liebe führt nicht durch maziertes Blühen. Sie mußte anfangs immer denken, durch mich will er vergessen. Sie sah, seine Liebe zu Agnes war vor dem ein Reich, die zu ihr ein Flecklein seliger Rast. Dann suchten sie einen gemeinsamen Pfad, auf dem ihnen Agnes begegnen sollte, und wußten nicht, daß es dieser Weg war, auf dem sie sich für immer finden mußten.

Agnes spricht zu Liesl hingewandt. „Warum machst dich das Wissen um diese Liebe traurig? Einmal hätte Walter doch diesen Weg eingeschlagen. Bei einer Fremden hätte es weber getan. So kann ich mir denken, er will auch das Vergangene mit-hinüberretten in seine Zukunft. Es ist einmal so mit meinem Schicksal hab ich das eure schaffen müssen.“

„Gute Agnes, du!“ Dem Stadtmädel ist das Strickzeug entglitten. Es liegt auf dem graustaubigen Kies.

„Wir reden oft von dir, Agnes.“

„Eigentlich sollt ihr es nicht, obwohl es sehr schön ist, denken zu können, man ist nicht vergessen und hat mich lieb. Weißt, ich muß diesen Gedanken in mir haben. Denn bei uns dahem ist oft alles so dunkel und schwer.“

„Mach dich endlich frei von dahem!“ rät ihr die Kameradin. Sie blickt nach der Uhr. „Mein Gott, wie spät es schon ist! Gehst nicht mit mir heim?“

„Nein, ich bleib noch!“ Man fühlt die Sehnsucht heraus, allein zu sein. Liesl winkt zurück; die andere steht es nicht. Sie hat sich heute wohl sehr sürcht benommen und ein Weh offen gezeigt, das besser verborgen geblieben wäre. Dann bräuchte Liesl auch nicht mehr die steinernen Stufen zu gehen. Wie das wohl einmal werden wird?

Glocken werden läuten. Liesl wird am Altar stehen und neben ihr der Mann, dessen Königskind sie einmal gewesen. Sie wird ihnen die Hand drücken und dazu lächeln, wie sie es schon immer an der Mutter gesehen hat. Mutlos legt sie die Hände ineinander. Tränen fallen darauf. Da trippelt das Kind zu ihr her, legt ihr den Hampelmann in die Hände. „Adnes — Düchter — lieb.“

Eine einsame Kindheit tut ein Türlein auf und bettelt um Liebe. Und da begegnen sich die unverständene Kindheit und die verlassene Jugend.

Die Hochzeitsglocken haben für Agnes Stadler einen anderen Klang bekommen.

Am gleichen Abend sprechen sich Liesl und Walter miteinander aus. „Jetzt weiß sie alles“, gesteht sie ihm. „Unsere Liebe ist ihr kein Geheimnis mehr.“ Sie sagt es mit dunkler Stimme, aus der man erkennt, daß sie ihr Glück nicht gerne auf die Tränen anderer aufbaut.

„Wie hat sie es aufgenommen?“ sorgt er sich. „Es hat ihr schon weh getan. Aber Agnes ist groß in ihren Anschauungen. Mir ist trotzdem leichter, daß sie es weiß. Es ist mir immer wie Feigheit oder Falschheit vorgekommen.“

Die Minuten werden erdrückt von einer schweigenden Last. Wieder ist dieses Dritte zwischen ihnen und bricht von ihrem jungen Glück ein Reiselin.

„Was hast denn gesagt, Liesl?“

„Ich weiß es selber nicht, wer zuerst angefangen hat“, bekennt sie. „Es war auf einmal die Frage da, ob ich dich gern hab. Und ich hab es nicht verschweigen können aus einem Mitleid heraus, auch nicht verleugnen. Ich hab ihr die Wahrheit sagen müssen, denn ich hab dich ja gern, aus ganzem Herzen.“

Er nimmt ihr Gesicht zwischen seine Hände: „Liesl, es war ganz richtig, wie du es gemacht hast. Ich werd die Agnes nicht vergessen; dazu bin ich ihr in meinen ersten jungen Träumen so oft nachgegangen. Meine Gefühle zu dir und die zu Agnes sind im Grunde genommen die gleichen und doch anders. Dich brauch ich jetzt, dich könnt ich nie mehr missen. Bei dir wird man stark, Liesl. Bei Agnes hingegen meint man immer, sie stützen zu müssen, weil sie so fein und zart ist.“

Ihre Liebe will ein wenig in Scham erzittern. Es schmerzt sie, plötzlich das zweite Licht zu sein, nur weil das andere für ihn nicht gebrannt hat.

Walter erübt ihre Gedanken. „Du willst das nicht verstehen? Glaub mir, wenn ich der Mensch wäre, der eine Agnes Stadler so rasch vergessen könnte, wäre ich auch nie fähig, eine Liesl eine Zukunft lang gern zu haben.“

Walter schaut sein liebes Mädel an, das ihm ihr Herz gezeigt hat. „Muß ich dir immer neu wiederholen, was du mir bist? Die etne werde ich nicht vergessen und dich werde ich lieben ein Leben lang.“

Jetzt lächelt sie wieder. Und der Abend, der schatten wollte, hat wieder Feiertagsleuchten.

★

Kalt ist es. Das Lachen erfriert auf den Lippen, und die Dächer knirschen, als wären sie brüchiges Glas. Der Kalender zeigt den 20. Januar. Wer nicht sparen muß, wirft Scheite in den Ofen und macht es sich behaglich warm dahem. Es hat einen eigenartigen Zauber, wenn draußen im Schnee die Schritte harsten und im Ofen das Feuer prasselt.

(Fortsetzung folgt)

# Wirtschafts-Nachrichten

## Ist ein Schweinemord fällig?

Von Dr. Hermann Reischle

Wenige Wochen vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 wurde der Kaiserlich Deutschen Regierung von wohlmeinender Seite aus Rotterdam ein Posten Getreide im Werte von einigen Millionen Mark angeboten. Der Staatssekretär der Finanzen lehnte dieses Geschäft mit der klassischen Begründung ab, erstens komme kein Krieg, und zweitens könne die Regierung an diesem Geschäft dann Geld verlieren! Dieser Standpunkt beweist zum einen, daß das kaiserliche Deutschland kaum mit einem Kriege rechnete und mindestens wirtschaftlich auch gar nicht darauf vorbereitet war. Wobei einschränkend allerdings gesagt werden muß, daß man einer wirtschaftlichen Kriegführung trotz der drohenden Seeblockade durch England keine wesentliche Bedeutung zumäß. Als Deutschland dann — dem Worte seines Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg entsprechend — im August 1914 doch in den Krieg hineingeschlittert war, wurden zunächst auch keinerlei Anstalten gemacht, sich auf einen Wirtschaftskrieg einzurichten. Man hoffte noch immer, „bis Weihnachten wieder zu Hause zu sein“.

Erst im Sommer 1915 alarmierten einige Professoren die deutsche Öffentlichkeit mit dem statistischen Nachweis, die auf den Feldern anstehende Kartoffelernte werde schlecht werden. Daraus leiteten sie die dringende Forderung ab, die Regierung habe für eine umgehende Dezimierung der Schweinebestände zu sorgen, da sonst die Schweine im Winter der Bevölkerung die Kartoffeln wegessen würden. Dieses Argument der Statistiker führte eine derartige Psychose herbei, daß in der Tat die Regierung im Verwaltungsweg — entgegen allen Warnungen der landwirtschaftlichen Fachleute — die sofortige Abschachtung von Millionen, teils noch nicht schlachtreifer, Schweine verfügte. Die stoßartig anfallenden Fleischmengen überschritten weit die Aufnahmefähigkeit des Verbrauchers. Die in ihrer Kapazität damals noch reichlich kleine, auf nichts vorbereitete Fleischkonservenindustrie konnte schon aus Dosenmangel die anfallenden Fleischmassen gar nicht verarbeiten, so daß viel Fleisch in der noch warmen Jahreszeit verdaß. Wenige Wochen später ergab sich, daß der Kassandruf der Professoren unberechtigt war: die Kartoffelernte wurde infolge rechtzeitiger Regenfälle sogar noch recht gut. Nun trat der Katastrophe zweiter Akt ein: jetzt fehlten die Schweine, um die reichlichen Kartoffeln aufzufressen, und nun verdarben erhebliche Mengen an Kartoffeln. Dieser erste Versuch der kaiserlichen Regierung, kriegswirtschaftliche Maßnahmen im Verwaltungsweg durchzuführen, ist unter dem Begriff „Schweinemord“ in die Annalen der Kriegswirtschaftsgeschichte eingegangen.

### Die Futtergrundlage

Infolge des Zusammenbruchs der Getreidemärkte in der Weltwirtschaftskrise seit 1929 war Futtergetreide billig zu haben. Die deutsche Landwirtschaft hatte nach der Währungsstabilisierung 1924 in steigendem Maße den Versuch gemacht, sich auf die ihr — wiederum von Professoren — empfohlene „Veredelungswirtschaft“ umzustellen. Im Zuge dieser Umstellung führte sie in bedeutenden Maße billiges Futtergetreide ein und veredelte dieses — insbesondere in den großen Schweinemästereien Nordwestdeutschlands — zu Fleisch- und Fettschweinen. Als ab 1932 infolge unserer Devisenlage überstürzt der Rückzug in die Zwangsautarkie durchgeführt werden mußte, waren zwar die hohen Schweinebestände da, aber die Futtergetreide-einfuhr wurde knapp. In den Jahren 1933 bis 1935 wurde aus dieser Zwangslage die Konse-

## DGB gegen Verzögerung der Rentenerhöhung

Der DGB-Bundesvorstand kritisierte am Montag in einer Verlautbarung, daß die Erhöhung der Renten, Witwen- und Waisengelder in der gesamten Sozialversicherung immer noch nicht verwirklicht wurde. Der DGB erinnert daran, daß gewerkschaftlicherseits bereits Mitte vorigen Jahres eine Erhöhung der Renten gefordert wurde.

Bei den jetzt stattfindenden Beratungen innerhalb des Bundeskabinetts über eine Aufbesserung der Renten werde auch die Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherung erörtert. Der DGB-Bundesvorstand weise mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß eine Erhöhung der Beiträge über den jetzigen Stand von 20 Prozent des Einkommens hinaus untragbar sei. Die Bundesregierung sei verpflichtet, den Sozialversicherungsträgern vollen Ersatz zu gewährleisten und habe deshalb die Mittel für die Rentenerhöhung bereitzustellen.

## Landesverbandstag der DAG in Göppingen

Der Landesverband Württemberg-Baden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) veranstaltete in Göppingen seinen diesjährigen Landesverbandstag, an dem über 200 Delegierte sowie Vertreter der Bezirksleitungen der DAG teilnahmen. Rettich, Hamburg, berichtete in einem Referat, in Bonn werde zur Zeit darüber verhandelt, auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft als eine Spitzenorganisation im Sinne des Gesetzes über das Mitbestimmungsrecht anzuerkennen. Für den sozialen Ausgleich sei es notwendig, die steuerfreien Grundbeträge zu erhöhen sowie eine Luxussteuer und verschärfte Steuerkontrollen einzuführen.

## Frankfurt ergab guten Export

Die erste internationale Automobil-Ausstellung in der Bundesrepublik seit Kriegsende ging am 29. April in Frankfurt mit dem traditionellen Hup-Konzert zu Ende. Insgesamt wurden fast 600 000 Besucher gezählt, darunter 40 000 ausländische aus 20 europäischen und 25 überseeischen Ländern. Das Verkaufsgeschäft übertraf vor allem im Export die Erwartungen. Bei den Personen- und Lastkraftwagen erreichte die Exportauftragskraft mehr als ein Drittel der gesamten Bestellungen. Bei Vorzeugnissen, Kraftfahrzeugteilen und Zubehör überlag in vielen Fällen das Exportgeschäft.

quenz gezogen und die Schweinehaltung allmählich und organisch auf die wirtschafts-eigene Futtergrundlage zurückgeführt. Damals ging der Kassandruf des Schweinemordes zum zweiten Mal um. Dank der Marktordnungsmaßnahmen in Verbindung mit einer planvollen Vorratbildung wurde die notwendige Entwicklung zu einer Schweinehaltung entsprechend den Futterverhältnissen jedoch gemeistert. Mit der Ausdehnung des Zwischenfruchtbaues und der Umstellung auf Kartoffelmast stiegen die Schweinebestände in den folgenden Jahren sogar wieder an.

### Wie sieht es jetzt aus?

Seit kurzem geistert das Wort vom Schweinemord wiederum durch den deutschen Blätterwald. Sachliche Veranlassung dazu gibt unsere Versorgungslage in Brot- und Futtergetreide einerseits und die rasch über die durchschnittliche Vorkriegshöhe hinausgewachsenen Schweinebestände andererseits. Wir hatten an dieser Stelle schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß das bedauerliche Fernbleiben des deutschen Getreides vom Markt seine durchaus natürliche Erklärung darin finde, daß die Schweine den Roggen auffressen. Das darf in einer freien Marktwirtschaft nicht verwundern. Denn wohl waren für Getreide Festpreise verordnet, aber sie waren offen-

## Höchstmengen für zollfreie Liebesgaben

Mit Wirkung vom 28. Mai dieses Jahres werden die zulässigen Höchstmengen für bestimmte Erzeugnisse in Liebesgaben- und Geschenksendungen erhöht. Bis zu 15 Kilogramm Lebensmittel dürfen je Empfänger aus dem Ausland abgabefrei eingeführt werden. Für Kleider, Wäsche, Stoffe, Schuhwerk, notwendige Haushalts- und Gebrauchsgüter, Medikamente und Bücher ist keine Höchstmenge festgelegt. Sie müssen jedoch mengenmäßig dem „angemessenen Bedarf“ des Empfängers entsprechen. Von der Abgabebefreiung wird Tee ausgeschlossen, Kaffee darf in Standardpaketen künftig nur noch bis zu einem Pfund je Monat und Empfänger zollfrei und nur als „Beipack“ eingeführt werden. Die Versendung von reinen Kaffee-Paketen ist nicht mehr zulässig. Tabakerzeugnisse und Spirituosen sind auch weiterhin von der Einfuhr ausgeschlossen.

## ECA fördert Kreditbeschränkungen

Der Chef der ECA-Sondermission für Westdeutschland, Jean Cattier, hat in einem Schreiben das Direktorium der Bank deutscher Länder ersucht, weitere Kreditbeschränkungen vorzunehmen und die in die Verteidigungsproduktion eingeschaltete deutsche Exportindustrie zu unterstützen. Die ECA-Verwaltung sei der Ansicht, daß eine deutsche Verwaltungsbehörde errichtet werden sollte, welche die für die Verteidigung bestimmten und an die deutsche Industrie vergebenen Exportaufträge kontrollieren solle. Die von den Besatzungsmächten erteilten mandatorischen Aufträge seien mit Vorrang zu behandeln.

## Investitionsvorschläge „absolut brauchbar“

Der von Vertretern der Industrie der Bundesregierung zugeleitete vorläufige Investitionsplan stellt ein Rahmenprogramm dar, das in seinen Einzelheiten allerdings noch nicht festliegt. Bundeswirtschaftsminister Erhard bezeichnete es jedoch als „absolut brauchbar“. In diesem Zusammenhang wurde in Bonner Regierungskreisen berichtet, daß der von der gewerblichen Wirtschaft ausgearbeitete Plan vorsehe, zehn Prozent der mutmaßlichen Eigen-Investitionen der sonstigen Industrie-, Handwerks- und Handelsbetriebe im Jahr 1951 zu berechnen. Die Melzzahl für das vergangene Jahr nimmt eine Investitionssumme von mehr als 16 Milliarden DM an.

sichtlich zu niedrig. Da ein Ablieferungszwang nicht bestand, verfüllte die Landwirtschaft das Getreide logischerweise an die Schweine, die im Verhältnis zum Getreidepreis hohe Preise brachten. Ein Versuch, das deutsche Brotgetreide durch Tausch gegen verbilligtes Auslandsfutter auf den Markt zu drücken, kam zu spät und mit unzulässigen Mitteln. Wenn in den nächsten Wochen — was bezweifelt werden muß — nicht erhebliche Futtergetreideimporte kommen, stünden wir in der Tat vor einem Schweinemord, wobei offengelassen werden kann, ob dieser wiederum im Verwaltungswege oder „organisch“ über den Preiszusammenbruch am freien Markt erfolgen würde. Diesmal rettet uns aber die Kartoffel! Wohlgeheim: wenn es gelingt, sie durch Transport- und Preismaßnahmen aus den Überschubgebieten in die Mastgebiete fließen zu lassen. Ein gewisser, organischer Preisabbau für Schlachtschweine, Fleisch, Wurst und Fett könnte die Aufnahmefähigkeit des Verbrauchs zudem erheblich steigern. Der nüchtern rechnende Teil unserer Landwirtschaft aber wird sowieso im Hinblick auf die unsichere Futterversorgungslage seine Schweinebestände der betriebseigenen Futterbasis anpassen. Das geht zwar etwas gegen die Parole von der Veredelungswirtschaft, aber es hat den Vorteil handfester Zweckmäßigkeit.

Die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Körperschaftsteuer werde eine Vergrößerung der für Selbstfinanzierungen freien Beträge zur Folge haben, so daß im laufenden Jahr nur etwa 12 bis 13 Milliarden DM investiert werden könnten. Zehn Prozent dieser Summe, also etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden DM, würden demnach für Investitionen in der Grundstoffindustrie zur Verfügung stehen.

## Neues Verkehrsgesetz in Vorbereitung

Die Schaffung eines Güter-Nahverkehrsnetzes in allen Teilen der Bundesrepublik mit privaten Lastkraftwagen soll ein neues Verkehrsgesetz fördern, das gegenwärtig im Bundesverkehrsministerium vorbereitet wird. Neue Verkehrsstrecken sollen vor allem in den von der Bundesbahn nicht bedienten Gebieten eingerichtet und für die Speditoren mit einer Betriebspflicht verbunden werden, um der Bevölkerung und der gewerblichen Wirtschaft die gleichen Vorteile zu bieten wie die Eisenbahn. Die Bundesbahn soll auf diesen Strecken nicht mit den konzessionierten Privatunternehmen konkurrieren. Als Ausgleich für die Betriebspflicht soll den Speditoren ein Schutz gegenüber anderen linienmäßig betriebenen Beförderungsunternehmen sowie eine Tarifierung durch einen festen Tarif gewährt werden.

## Sparvorschläge für den Staat

In einem „Zehn-Punkte-Programm“ verlangt der „Bund der Steuerzahler“ eine „organische Steuerreform“. Unter anderem werden gefordert: a) eine vernünftige Handhabung der Steuergewalt, wobei der Bürger nicht von vorneherein als Untertan der Steuerverwaltung und als der Steuerentziehung verdächtig angesehen wird, b) Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben, in Verbindung mit der Einsetzung von Sparkommissionen bei Bund und Ländern, c) Veröffentlichung der früher üblichen halbjährlichen Personalstandnachweise zur Erkennung des Zu- und Abgangs von Beamten und Angestellten, d) Die Aufstellung eines Gutachten des Bundessparkommissars über zu erwartende Kosten bei jeder Gesetzesvorlage, e) Eine energische Anwendung des Art. 113 des Grundgesetzes, wonach alle ausgabensteigernden Anträge der vorherigen Zustimmung der Regierung bedürfen, f) Die Erörterung öffentlicher Bauprojekte ohne gleichzeitige Deckungsvorschläge soll unterbleiben, g) Auskunftsverpflichtung gegenüber jedem Steuerzahler über die Posten eines öffentlichen Haushaltes.

## Zum Schutz des Gartenbaues

Der Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß des württembergischen Landtags setzte sich dafür ein, daß in Zeiten ausreichender inländischer Produktion zum Schutz des heimischen Garten-, Obst- und Gemüsebaus Einfuhrzollperristen eingelegt werden sollen. In einem entsprechenden Antrag der noch vom Plenum des Landtags angenommen worden muß, wird die Landesregierung ersucht, in Bonn darauf hinzuwirken, daß sich die Bundesrepublik beim Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Ländern die Einführung derartiger Importzollperristen vorbehalte. Die Staatsregierung soll ferner ersucht werden, den Obst- und Gemüsebau im Lande mit allen geeigneten Einzelmaßnahmen zu fördern. Dem Beschluß des Ausschusses lag ein Antrag des Abgeordneten Dr. Neinhans (CDU Heilbronn) zugrunde, der auch einen erhöhten Zollschutz für heimische Produkte vorsch. Der vom Ausschuß abgeordnete Antrag verzichtet auf den erhöhten Zollschutz.

## Dr. Hotz zur Wirtschaftslage Württ.-Badens

Der Präsident des Landesgewerbeamtes, Professor Dr. Hotz, berichtete dem Wirtschafts- und Verkehrsausschuß des Landtags im Auftrag des Wirtschaftsministeriums eingehend über die Wirtschaftslage Württemberg-Badens. Hotz stellte fest, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage des Landes als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden könne, wenn auch infolge der weltpolitischen Situation gewisse Engpässe aufgetreten seien.

# Leidenenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Pasing

### 19. Fortsetzung

Der kleine Salon bei Stadler ist hell beleuchtet. Frau Marianne wirkt im Schein des hellen Lichtes blumenhaft schön. Ihr Kleid ist lichte gelbe Seide, ihr Haar nachdunkel, von den roten Lippen schwebt der dünne, leise Ruf nach dem Leben.

Ist die Stadlerin blendendes Mosaik, so ist Agnes neben ihr in dem einfachen blauen Tuchkleid keusche Anmut. Das findet auch Ralph Steininger, der mit seinem Bruder bei Stadler auf Besuch ist.

„Es bleibt also dabei, daß deine Frau Gemahlin und das Fräulein Agnes kommen? Am schönsten wäre es bei uns zur Frühlingszeit.“

Frau Marianne hat ein besauberndes Lächeln. „Paul, darf ich? Ich würde mich riesig darauf freuen!“

„Meinetwegen“, gibt ihr Mann kurz gebunden zurück.

Karl Steininger findet das dunkle Weiß verführerisch schön. Er begreift den nach außen hin kühl scheinenden Stadler nicht, der an dem Lächeln einer solch wunderbaren Frau vorüberstreift wie an abgefallenem Laub. Ihn betäubt sie förmlich, und schwillt wird ihm in ihrer Nähe. Ralph, sein Bruder, atmet mit ihm hier dieselbe Luft. Aber er hat den Blick der Einsamen, die weiter blicken und dadurch klarer sehen. Er kennt Frauen nach dem Typ Mariannens. Mit jungen Jahren war er auch diesem Glück nachgejagt, aber dann zurück-

gekehrt zu sich selbst, wie er sah, daß sich Schönheit oft so leicht in eine graue Gasse schlägt, aus der man krank zurückkehrt. Die einen nannten seine Einsamkeit Hochmut, die anderen Verrücktheit. Er nannte das Fernertücken von Menschen: Glück.

Er durchschaute sofort die Stadlersche Ehe. Es war vieles so undurchsichtig und offen ausgebreitet, wengleich auch eine dünne Maske darüber gelegt war, die manches verhüllen sollte. Hat sein Bruder Karl auch nur Blicke für die schöne Hausfrau, döst auch der Stadler mit seinen Gedanken geduckt dahin, um dann wieder eine grelle Fröhlichkeit vorzuzucken, so scheint ihm Agnes über diese Menschen hier hinauszuwachsen durch den reifen Ernst, der auf dem jungen Gesicht steht.

„Fräulein Agnes“, wendet er sich freundlich an das Mädchen, „Sie haben uns Ihren Besuch noch nicht zugesagt. Sie müssen natürlich mit. Für ein Auskniffen gibt es keine Entschuldigung.“

„Es ist sehr lieb von Ihnen, Herr Steininger, mich einzuladen“, dankt sie bescheiden, „aber ich komme schwer fort. Mein kleiner Bruder ist zu sehr an mich gewöhnt. Dabei ist er nie gesund. Ich müßte immerzu heimdenken.“

„Sie haben einen Bruder?“ wundert sich Ralph. „Ich habe ihn noch gar nicht zu sehen bekommen. Wie alt ist er denn?“

„Er schläft jetzt“, weicht Marianne innerlich erzürnt aus. „Die Sorge um den Bruder ist etwas kindisch, finde ich. Wissen Sie, darüber schwelge ich lieber.“

Merkwürdig, wie Frau Marianne mit ihren Verlegenheiten von einem Brücklein zum anderen springt! Ihn täuscht sie nicht!

„Dann kommen Sie mit Ihrem kleinen Bruder“, wendet er sich dem Mädchen zu. „Ich habe Kinder

sehr gerne, wenn sie nicht verzogen sind. Gnädige Frau gestatten doch, daß Ihr Junge mitkommt?“

Marianne kann sich kaum beherrschen, den Zorn gegen Agnes zurückzuhalten, damit er nicht laut werde. Wie kann nur dieses dumme Geschöpf eine solche dunkle Stimmung heraufbeschwören!

Im Teekessel siedet das Wasser, im Ofen krachen die Scheiter, und die Menschen in dem kleinen Salon haben alle ihre eigene Welt betreten. Jede ist getrennt von der des anderen. Ralph hat das läche Wetterleuchten auf Mariannens Gesicht gesehen, merkte auch die nervöse Unruhe Paul Stadlers. Er war neugierig auf das Kind der Stadlerschen. Paul raucht oder vielmehr qualmt seine Zigarre und sieht den grauen, hochziehenden Krügel nach. Sie bilden verworrene Kreise, genau wie sein schicksalverschlungenes Leben.

„In Ihrer Stadt gefällt es mir sehr gut“, überbrückt Marianne als erste geschickt die gefahrvolle Stille. „Ich war einmal auf einem der Berge ringsum. Es war aber dort oben sehr einsam. Man möchte lieber herausgerissen werden aus der Ruhe.“

„Hoffentlich finden Sie bei uns das, was Sie suchen, gnädige Frau. Wir leben auch so ziemlich abgeschlossen.“

„Dann werde ich eben die Einsamkeit kennenlernen und mich darin erholen“, lenkt sie geschickt um. „Es wird immerhin schön sein und ich freue mich geradezu kindisch darauf.“

Was lockt nicht alles in Marianne! Ein blühender Sommer, schnuschnusverwirrendes sieghaftes, neues Erleben! Und dann noch ein Drittes: Durch ihre Reise den Mann wieder auf ein Kampffeld zu stellen, ihn aus seiner steinernen Rinde herauszureißen. So konnte es nicht mehr weitergehen. Ihre

Schönheit reizte ihn nicht mehr. Ihre Worte verbrannten ihn nicht. Vorbei sind die Stunden, in denen täglich Blumen in Gläsern standen, vorbei die Liebe. Man begegnet sich in versteckter, oft auch in offener Feindschaft, es ist ein erstes Hassen, in dem man nichts mehr sieht als zerstörte Träume, drückende Fesseln. Hätte sie nur geahnt, daß dieser einst so leichtlebige Mensch ein solcher Meckerer ist, sie hätte es sich überlegt, seine Frau zu werden. So leben sie nebeneinander her: er krankhaft zerwühlt, halb trotzig, halb irrsinnig in ein Bild verbohrt, das er nicht mehr finden konnte. Völlig brutal sucht er wie ein eigenartiges Kind alle Mängel um sein Schicksal zusammen. In ihr ist es nicht viel anders. Sie versucht spielerisch tändelnd seine Schlafheit zu lösen. Denn sie hat Angst vor dieser Bleiernen Ruhe. Einmal war sie vor einem Gemälde gestanden: blühender Mohn auf sonnbeißtem Acker und abseits eine Frau, die ungesegnet ins Weite starrte. Marianne hatte sich jäh von dem Bilde abgewandt, obwohl sie den tiefsten Sinn daraus nicht erfaßt hatte. Aber es war ihr, als stünde sie selbst gebrandmarkt in öligen Farben auf der offenen Leinwand.

Zwei an die Türe hämmende Kinderfüßchen reißen sie in die Wirklichkeit zurück. Günthers Stimme bettelt draußen weinerlich: „Adnes, bitt schön, kommen! Bitte!“

„Ja, schläft denn der Bub noch immer nicht?“ fragt Frau Marianne streng. „Kann Anna nicht darauf sehen? Das kommt davon, daß du ihn so verwöhnst.“ Sie hat noch nicht ausgesprochen, öffnet sich die Türe und das Kind steht dort im langen Nachthemden, gleich einem zerdrückten Zwerglein.

(Fortsetzung folgt)